
ZDK: Die Politik verunsichert die Autofahrer

Der Lockdown, Klimaziele und der beginnende Wahlkampf, aber auch digitale Vertriebsmodelle stellen das Kraftfahrzeuggewerbe vor immer neue Herausforderungen und eine ungewisse Zukunft. Nicht nur die Händler, sondern vor allem auch die Verbraucher seien derzeit stark verunsichert, beklagt der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK).

Bundesinnungsmeister und ZDK-Vizepräsident Wilhelm Hülsdonk vermisst derzeit nicht zuletzt die fehlenden Folgenabschätzungen in der Politik. Als Beispiel nennt er die Ankündigung, dass die Kraftstoffpreise in der nächsten Legislaturperiode um 16 Cent steigen, und schon jetzt hätten sich die Strompreise für das Laden von Elektroautos deutlich erhöht. Individuelle Mobilität müsse bezahlbar bleiben.

In der Klimaschutzdebatte fehlt Hülsdonk die Einbeziehung der Bestandsfahrzeuge, die ja nicht plötzlich verschwinden. Über 46 Millionen Pkw in Deutschland hätten immer noch einen Verbrennungsmotor unter der Haube. Sie könnten mit Biokraftstoffen oder synthetisch hergestellten Kraftstoffen weiterbetrieben werden. „Dazu braucht es den klaren politischen Willen, bei der Förderung dieser Technologien die Gleichberechtigung mit der E-Mobilität herzustellen. „Klimaschutz im Straßenverkehr müsse Lösungen für alle Fahrzeuge bieten, so der ZDK-Vize. Nur der Wettbewerb unterschiedlicher Technologien werde dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen.

Die politischen Diskussionen verunsicherten zudem die Verbraucher. Der Kunde wisse nicht mehr, für welche Antriebsart er sich beim nächsten Autokauf entscheiden soll und welche möglichen Auswirkungen das in der Zukunft haben könnte.

Nicht nur die schwachen Verkaufszahlen belasten die Autohäuser. Der fast ein halbes Jahr dauernde Lockdown im wichtigen Frühjahrsgeschäft sowie der geringere Autoverkehr haben auch Auswirkungen auf das Reparatur- und Servicegeschäft gehabt. Das zeigt die aktuelle Quote der durchschnittlichen Werrkstattauslastung: Von Januar bis einschließlich April 2021 lag sie bei 75 Prozent und damit um einen Prozentpunkt unter dem Wert des ebenfalls schon schwachen Vorjahres. Im Vergleich zu 2019 ist ein Minus von 7 Prozentpunkten zu verzeichnen.

In der aktuellen Branchenumfrage des ZDK, an der sich 971 Betriebe (Autohäuser und freie Werkstätten) beteiligt haben, rechnet nur jede dritte Markenwerkstatt mit einer Belegung des Aftersales-Geschäfts durch Gewerbekunden, aber immerhin 46 Prozent durch Privatkunden. Bei den freien Werkstätten ist die Skepsis größer: Von einer Geschäftsbelegung durch gewerbliche Kunden gehen lediglich 24 Prozent der Befragten aus, und bei Privatkunden sind es 34 Prozent. Als Gründe werden mehrheitlich die Verunsicherung der Kunden wegen der zukünftigen politischen Ausrichtung alternativer Antriebstechnologien sowie die ständig wechselnden Corona-Schließungsanordnungen und Hygieneschutzmaßnahmen angeführt.

Die unsichere Zukunft zieht die Autokäufer derzeit nach Auskunft von Vizepräsident Thomas Peckruhn, Sprecher des Fabrikatshandels, vor allem zu Gebrauchtfahrzeugen. Hier sehen deutlich mehr Betriebe eine positive Entwicklung. 54 Prozent der befragten Autohäuser gehen von einer Geschäftsbelegung in diesem Bereich aus, während es beim Neuwagenkauf nur 27 Prozent (gewerbliches Geschäft) bzw. 35 Prozent (Privatkunden) sind.

In der Blitzumfrage wurde auch das Thema „Auto-Abo“ angesprochen. 76 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass diese Art der Fahrzeugnutzung bei gewerblichen Kunden in Zukunft größere Bedeutung bekommt, bei Privatkunden sehen das 48 Prozent. (ampnet/jri)

Bilder zum Artikel



Kfz-Werkstatt.

Foto: Auto-Medienportal.Net/Pro Motor/Volz
